

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 87 (2007)
Heft: 11

Artikel: Nach der Wahl ist vor der Wahl : Regierungsbildung nach Schweizer Art
Autor: Pfister, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-167853>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Regierungsbildung nach Schweizer Art

Ulrich Pfister

Die diesjährigen Wahlen für das eidgenössische Parlament haben zwar den in den letzten Jahren sichtbaren Trend zur Polarisierung bestätigt. Überrascht hat jedoch die Stärke der Signale, die noch nicht alle abschliessend gedeutet worden sind. Die Vermutung liegt nahe, dass die in diesem Ausmass nicht erwartete Zunahme der Wahlbeteiligung den «Siegern» genützt und den «Verlierern» geschadet hat. Die starke und gelegentlich rüde Emotionalität des Wahlkampfes, mit der Zuspitzung kurz vor dem Urnengang, dürfte mehr als sonst Gelegenheits- und Protestwähler mobilisiert haben, die dem Politbetrieb eher fernstehen. Wer zur «Schicksalswahl» aufrief – betreffe diese nun einen Bundesrat und die Schweiz insgesamt oder die Umwelt und das Klima –, konnte davon profitieren. Und wahrscheinlich hat die etwas veränderte Zusammensetzung des Elektorats einige Altgediente den Sitz gekostet und mehreren Jungen zum Erfolg verholfen.

Wie üblich sinkt die Temperatur nach dem Wahltag jeweils rasch, und manche der aufgerüttelten Wähler werden jetzt augenreißend nach dem «Schicksal» Ausschau halten. Nun folgt mit der Erneuerungswahl des Bundesrates der nächste Akt, der den Höhepunkt des Schauspiels hätte darstellen sollen. Daraus dürfte aber nichts werden.

Kein ausländischer Beobachter begreift, wie die Schweiz ihre Regierung bestellt – und es scheint, als falle es auch uns zunehmend schwerer. Seit 160 Jahren halten wir am System und an den Abläufen eisern fest, nur in der parteipolitischen Zusammensetzung haben sich jeweils reiflich erdauerte Anpassungen ergeben. Das Verfahren, nach dem die Mitglieder des Bundesrates einzeln – in der Reihenfolge ihres Amtsalters – gewählt werden, macht viele im Wahlkampf diskutierte Szenarien von vornherein unmöglich. Für die Mehrheit, die jeder zu Wählende erzielen muss, reicht die Stimmenzahl einer Fraktion allein und auch eines Blocks aus zwei Parteien nicht aus; wer Bundesrat werden will, braucht eine breitere Abstützung. Und wenn sich im Vorfeld eine koordinierte Aktion zur Nichtwiederwahl eines Regierungsmitgliedes abzeichnen sollte, müssten die Beteiligten mit Retourkutschen gegen ihre Amtsinhaber rechnen.

Die durch dieses System erzwungene Konkordanz besteht in der Praxis darin, dass einigermassen kontrolliert Mehrheiten zustande kommen, die durchaus qualifizierende Unterschiede aufweisen. Gepokert wird in diesem Spiel, vor allem

wenn es um neuzuwählende Personen geht, oft im Kleinen, doch lässt man im grossen Ganzen nichts anbrennen.

Man kann sich fragen, ob das bewährte, in letzter Zeit aber ziemlich ausgefranst System der nach Konkordanzregeln gebildeten Kollegialregierung noch zeitgemäss sei. Zweifel daran sind von der Regierung in der gegenwärtigen Zusammensetzung mit kollegialitätswidrigen Auftritten jedenfalls allzu oft genährt worden. Es hat auch schon zahlreiche Anstösse für Reformen der Staatsleitung gegeben. Sie sind alle am Beharrungsvermögen gescheitert, das wohl weniger der Tradition als den Interessen der politischen Klasse zuzuschreiben ist. Dass nun Rücktrittsforderungen ziemlich ungeniert öffentlich debattiert werden, weist auf Veränderungen im politischen Klima hin, die Überlegungen zu institutionellen Reformen neuen Auftrieb geben könnten. Dabei geht es nicht primär um ein institutionalisiertes System aus Regierung und Opposition, das in der Referendumsdemokratie mit ihren interessenbedingten Oppositionsrollen kaum eine Chance hat. Doch müsste zumindest der Wahlmodus für die Regierung, der auf Einzelkämpfer zugeschnitten ist, modifiziert und die Führung des Gesamtkollegiums gegenüber den departementalen Fürstentümern gestärkt werden.

Besser funktionierende Institutionen allein können jedoch die Glaubwürdigkeit eines politischen Systems nicht

Kein ausländischer Beobachter begreift, wie die Schweiz ihre Regierung bestellt.

gewährleisten. Auch wenn Stilfragen in politischen Auseinandersetzungen nicht allzu zimperlich bewertet werden sollten, so hat doch der vergangene Wahlkampf manchmal Dimensionen der Despektierlichkeit erreicht, die das Vertrauen der Wähler in die Politik und ihre Exponenten nicht unbedingt gefördert haben.

Dass politische Standpunkte und Forderungen immer plakativer «verkauft» werden müssen, ist in der Medienflut wohl unvermeidlich. Solange aber den Stimmbürgern das letzte Wort bei Sachentscheidungen gegeben wird, müssen deren Inhalt, Bedeutung und längerfristige Auswirkungen weiterhin verständlich zur Darstellung gebracht werden können. Sie sind ja nicht einfacher geworden. Die Globalisierung hat die Handlungsspielräume zugleich erweitert und eingeengt, und die relevanten Zeiträume für die grossen Projekte in fast allen Politikbereichen sind in Jahrzehnten zu messen.

Man hat im Wahljahr erlebt, dass fast alle grösseren und schwierigeren Entscheidungen aufgeschoben wurden. Können wir es uns leisten, dass «nach der Wahl vor der Wahl» ist? Dem neugewählten Parlament und dem wiedergewählten Bundesrat ist zu wünschen, dass er die kurze Zeit energisch nutzt, in der effektiv gehandelt werden kann.

Ulrich Pfister, geboren 1941, ist Publizist in Zürich.

